

ten auftreten denn als Speerspitze. Aber Prozesse anstoßen und eigene Impulse einbringen, das kann äußerst wichtig sein. Entscheidend wird aber sein, ob sich in den Mitgliedsgewerkschaften Mehrheiten dafür bilden lassen.

NG/FH: Gibt es Anzeichen für eine Bewegung in diese Richtung?

Urban: Ich glaube ja, vor allem, nachdem es gelungen ist, die Organisationsmacht zu stabilisieren und den drohenden freien Fall zu stoppen. Ich denke, die Bereitschaft, sich diesem Thema zu widmen, wird wachsen. Deutschland hat hinsichtlich der ökonomischen Situation noch eine gewisse Sonderstellung. Die krisenhafte Entwicklung in Südeuropa, die nicht zuletzt Folge der katastrophalen Austeritätspolitik ist und die mir große Sorgen macht, ist in Deutschland noch nicht angekommen. Sobald aber die Aufschwungphase hierzulande endet, wird sich auch in Deutschland ganz schnell herausstellen, dass die großen Themen der europäischen Integra-

tion, vor allem die Euro-Krise, nicht gelöst sind.

Nach meiner Auffassung sind aber weder die Parteien noch die Gewerkschaften mit Blick auf diese Fragen auf der Höhe der Zeit. Aber das wäre ein neues, schwieriges Thema. Nur so viel: Ich halte es für ausgesprochen notwendig, in der Debatte um eine progressive Krisenstrategie in Deutschland und der EU auch mit »produktiven Provokationen« zu arbeiten. Denn dieser Mehltau, der über der deutschen Gesellschaft liegt, wird durch den Regierungsstil der Problemverwaltung à la Angela Merkel immer dichter. In einem solchen Klima haben politische Kreativität und sozialer Reformmut keine Chance. Eine Beschwichtigungsrhetorik, die die Dinge nicht in ihrer realen Dramatik anspricht, hilft da nicht. Eine Mosaik-Linke hätte nicht zuletzt die Aufgabe, durch eine proeuropäische Europakritik in der Gesellschaft und den politischen Arenen für diskursive Unruhe zu sorgen, damit sich was bewegt. Wir brauchen Aktivität, polarisierende Debatten, produktive Provokation.

Thomas Meyer

Mitte-Links – Reise ins Ungewisse?

Was die Sozialdemokratie in den kommenden drei Jahren zu leisten hat, kommt der Quadratur des Kreises nahe und könnte doch nur um den Preis der Selbstaufgabe vermieden werden. Denn, kein Zweifel, die erste Pflicht, die sie – als Regierungspartei – erfüllen muss, besteht darin, Punkt für Punkt den geltenden Koalitionsvertrag mit der CDU zu erfüllen und sich damit als verlässlicher Koalitionspartner zu bewähren. Alles andere, etwa ein ständiges Zerren am gemeinsam Beschlossenen oder Versuche des Draufsattelns von Fall zu Fall, würde ihr nichts anderes einbringen als

den zunehmenden Verlust an Glaubwürdigkeit und damit auch ihrer Chance, bei der nächsten Bundestagswahl zuzulegen. Das darf – und da beginnt das Kunststück – freilich nicht heißen, dass die Sozialdemokratie, als eigenständige politische Partei, verstummt und hinter ihren lautstarken Sprechern aus Regierung und Fraktion auf der großen Bühne ganz in der Kulisse versinkt. Nur so übrigens glaubte Herbert Wehner in der ersten Großen Koalition der Republik das Ansehen der Partei als respektable Regierungspartei und damit ihre spätere Führungsrolle sichern zu kön-

nen. Dass die Partei regieren kann, steht inzwischen außer Zweifel, dass sie aber glaubwürdig zum großen Wurf einer zeitgerechten Erneuerung der Gesellschaft fähig ist, muss sie immer aufs Neue beweisen – davon hängt guten Teils ab, ob sie die Gesellschaft für sich gewinnt. Beides überzeugend miteinander zu verbinden – das zuverlässige Mitregieren und das Werben für eine weiterführende Perspektive der Gesellschaftsgestaltung – darauf kommt es für die SPD jetzt an. Keinesfalls als Kakophonie zwischen Willy-Brandt-Haus und Regierungsbühne, da behält Wehner Recht, aber doch durch zwei eingängige Melodien, die aufeinander verweisen und Lust auf Mehr machen. Die erste Melodie intoniert, was durch die sozialdemokratischen Akzente des Mitregierens hier und jetzt im Leben vieler besser wird, die andere den »sozialdemokratischen Überschuss«, das, was zur Überwindung der gesellschaftlichen Spaltung und für die Erringung einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsdemokratie in Deutschland und in Europa darüber hinaus getan werden muss.

Jeder weiß, dass die Machtfrage anders gestellt werden muss, damit eine über die jetzt gegebenen Möglichkeiten hinausweisende Politik für gutes Leben und Arbeiten ein glaubwürdiges Versprechen der Sozialdemokratie werden kann. Und damit beginnt der zweite, der schwierigere Teil des Kunststücks: das ernsthafte und geduldige, aber nicht forcierte Ausloten der Möglichkeiten für eine andere Koalition. Und jeder weiß auch, dass rechnerische Mehrheiten nicht auch schon politische sind. Aber die 45 % Mitte-Links-Wähler, die von der SPD zu Willy Brandts Zeit gewonnen werden konnten, sind ja immer noch ansprechbar, nur verbünden sie sich heute nicht mehr zur Unterstützung einer einzigen Partei – sie verteilen sich, konfliktreicher als ehemals, auf die drei Parteien mitte-links. Mehr noch, sie sind höchst asymmetrisch in und um diese herum verteilt. Bei den Grünen wächst der Anteil der Neubürgerlichen,

denen der Linksbezug allmählich abhanden zu kommen scheint. Ihnen liegt eine schwarze-grüne Koalition am nächsten. Bei der Linkspartei halten jene starken Truppen die Stellung, denen Mitregieren im Bund ein Gräuel ist, unter anderem, weil sie ahnen, dass der Zugewinn an politischer Verantwortung nicht ohne Verlust an Protestwahlstimmen zu haben ist. Und auch in der Sozialdemokratie selbst gibt es beide: jene, die weiter wollen mit größeren Reformschritten und andere, die in einer Großen Koalition die bessere Sicherheit sehen.

Dem steht entgegen: Es gibt in allen drei Parteien auch starke Kräfte, die eine Kooperation wollen und es gibt zwischen ihren programmatischen Vorstellungen für eine bessere Balance von Wachstum, Umwelt und Gerechtigkeit mehr Übereinstimmungen als zwischen jeder von ihnen und der CDU (ob es noch eine FDP geben wird, steht ja in den Sternen). Wenn der ethisch-politische Imperativ Willi Eichlers, des »Vaters« des Godesberger Programms noch gilt, verpflichtet das dazu, die politischen Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu rücken und das Trennende hintan zu stellen, um so viel vom gemeinsam Gewollten Wirklichkeit werden zu lassen wie möglich. Freilich geht diese Gleichung nicht ohne Weiteres auf, denn ein einziges Feld prinzipieller Unvereinbarkeit der politischen Ziele kann Übereinstimmung in einer ganzen Reihe anderer entwerthen, wenn es dabei um eine grundsätzliche Frage geht. Ist das fast bedingungslose Russlandverstehen der Linkspartei in der Ukraine-Krise zusammen mit ihrem an Verantwortungsverweigerung grenzenden weltpolitischen Pazifismus nicht solch ein Hindernis? Das könnte sein, falls das dafür einstehende Milieu das letzte Wort behält. Das aber kann nicht vor Beginn jedes ernsthaften Verständigungsversuchs konstatiert werden, sondern allenfalls – ausgeschlossen ist es keineswegs – an dessen Ende.

Vergessen wird bei der Abwägung des Sinns und der Grenzen von Gesprächen über eine solche heikle politische Kooperation zumeist, dass sie, wenn ein ernster Wille im Spiel ist, von einem bestimmten Punkt an eine Dynamik in Gang setzen kann, die das innere Gefüge der beteiligten Parteien, den relativen Rang ihrer Themen und ihres Personals in Bewegung bringt. Es gibt Anzeichen, nicht Gewissheiten dafür, dass dies bei der Links-Partei nicht anders sein wird. Wie weiland bei den Grünen mit ihrem nicht minder prinzipiellen Pazifismus plus NATO-Aversion könnte sich in einer sehr überschaubaren Frist die kategorische Ablehnung einer realistischen Außen- und Sicherheitspolitik in ein längerfristig wünschenswertes Ziel verwandeln, das aus der Tagespolitik fürs erste ausgeklammert wird.

Für den Einstieg in ein solches Gespräch ist die Sozialdemokratie gut vorbereitet. Denn der entscheidende Teil des »sozialdemokratischen Überschusses« über das politische Pensum der Großen Koalition hinaus ist im Großen und Ganzen nach wie vor in Ihrem Wahlprogramm 2013 nachzulesen. Nicht alles davon kann ungeschmälert Geltung beanspruchen und sicher lohnt sich das Nachdenken darüber, wo Inhalte des Programmangebots am schwachen Wahlergebnis beteiligt waren. Aber der Kern der Analyse – die gesellschaftliche Spaltung und ihre Überwindung, eine neue Balance von Wachstum, Umwelt und Gerechtigkeit – ist fortgeltend aktuell. Und es dient der Stärkung des Vertrauens, an den uneingelösten Teil des eigenen Versprechens anzuknüpfen, statt nach jeder Niederlage die alte politische Haut abzustreifen und sich dem verblüfftem Publikum in gänzlich neuem Gewand zu präsentieren.

Es mag heute so scheinen, dass die Neuaufgabe der 2013 vorgeschlagenen Steuererhöhungen bei der nächsten Wahl dem Grundgebot politischer Klugheit nicht mehr entspricht. Es kann aber auch sein, dass sich die politische Großwetterlage gerade in dieser Frage rasch wieder ändert und eine solche, dann qualifizierte Forderung 2017 aktueller ist als je zuvor. Manches spricht dafür, dass Thomas Pickettys epochales Buch über das atemberaubende Vorranschreiten der die Gesellschaft und Wirtschaft zersetzenden Ungleichheit der Einkommen und Vermögen die große politische Debatte auslöst, die es verdient. Dazu kann und sollte die Sozialdemokratie gemeinsam mit den Gewerkschaften das Ihre beitragen. Es gibt Hinweise für eine Renaissance der diskursiven Macht der Gewerkschaften, wenn sie an ihre in den 1960er Jahren von Otto Brenner initiierte gesellschaftspolitische Vorreiterrolle überzeugend anknüpfen. Sie könnten dann zum Katalysator für die Entstehung einer handlungsfähigen Mitte-Links-Kooperation werden.

Eines freilich muss allen Beteiligten klar sein: Gerade wenn sich die Sozialdemokratie auf die Erkundung der Chancen einer politisch kooperierenden »Mosaik-Linken« (Hans-Jürgen Urban) einlässt, in der jede der Parteien ihr eigenes Profil schärft, damit sich alle ergänzen und die Beziehungen zu ihren eigenen Kern-Milieus stärken können, so dass sie alle zusammen eine gesellschaftliche und politische Mehrheit bilden, dann muss ihre eigenen Standortbestimmung die gesellschaftliche Mitte weiträumig einschließen, statt am linken Rand mit den noch Linkeren zu konkurrieren. Gerade die Linksöffnung verlangt von der Sozialdemokratie die Stärkung der Mitte.



Thomas Meyer

ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte. Zuletzt im VS Verlag erschienen: *Soziale Demokratie. Eine Einführung* und: *Was ist Fundamentalismus?*
thomas.meyer@fes.de